

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1914

109 (12.5.1914)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementpreis: Jugestellt monatl. 75 ¢, vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 85 ¢; am Postkassaltr. 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftskunden: 7 bis abends 7 1/2 Uhr. Postfachkonto Nr. 2850. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 ¢. Lokalinsertate billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/2 11 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittag zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei West & Cie., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Ein Förderer der Unsitlichkeit.

Y. Die Regierung des Deutschen Reichs leidet wieder einmal an jenem Sittlichkeitskoller, der sie periodisch befallt. Das ist erklärlich angesichts der stinkenden Fäulnis, die in großen Schichten der besitzenden Klassen den sich vollziehenden Verwesungsprozeß der bürgerlichen Gesellschaft kündigt. Die Büttelgewalt, die als Genjor über Theaterstücke und andere künstlerische Schöpfungen entscheidet, die Büttelschnüffelerei, die hinter jeder sogenannten Künstlerpostkarte her ist, sollen durch die kleine lex Heinze die höhere Weisheit und zugleich weiterreichende Nachbetrachtungen erhalten. Es erübrigt sich, noch etwas zur Kritik dieses Wechselbaals von muffiger Einsichtslosigkeit und stocklüsternem Polizeigeist zu sagen. Er ist in unserer Presse bereits kräftig zergaust worden. Dagegen möchten wir hier einen großen Förderer der Unsitlichkeit an den Branger stellen, einen großen Förderer, von dem die amtlichen Moralbeflissenen schweigen. Wir meinen den Militarismus.

In der Tat: neben der schreienden wirtschaftlichen Not breitet sich ausgebreiteter Volksjoch und den Zuständen, die auf dem Boden solcher Not erwachsen; neben dem Heberfluß und dem Mühsiggang mit ihren forrumperierenden Folgen in der kleinen Welt der Besitzenden, wüthet in der städtischen, schwellen, von tausend Barbaren und häßlichen Begierden geschwängerten Atmosphäre der bürgerlichen Ordnung kaum einen furchtbaren Wegbereiter der Verrohung und Unsitlichkeit als gerade den Militarismus. Er erweist sich auch in diesem seinem Wesenszug als das legitime Kind des Kapitalismus. Es ist noch nicht allzu lange her, daß dies wieder einmal so offiziell wie nur möglich bestätigt werden mußte.

Das war vor dem Kriegsgesicht zu Straßburg, als dort zum ersten Male über die Heldentaten des Helbenjünglings Rentner von Forstner verhandelt wurde. Dabei sagten zwei Zeugen aus — ein Schlossermeister und ein Oberlehrer, also Männer von unbedingter bürgerlicher Gesinnung — daß die Truppen des milchbärtigen Junkerleins ein zotiges Lied singend durch das Städtchen Dettweiler gezogen waren. So schmutzig waren die gedrehten Unanständigkeiten, daß die beiden Zeugen sich scheuten, sie vor Gericht zu wiederholen, und daß die Berichte in der Tagespresse ebenfalls auf ihre Wiedergabe verzichteten.

Man vergegenwärtige sich, in welchem Lichte die gerichtlich festgestellte Episode den Militarismus als Erziehergott. Soldaten rüden aus, darunter Rekruten — so läßt wenigstens der Sachverhalt schließen. Rekruten, von denen gewiß manche, wir hoffen viele, trotz aller Lebensnot von daheim ein keuchendes Empfinden in geschlechtlichen Dingen mit in die Kaserne gebracht haben. Ausgerechnet ein unflätiges Lied ist es, das von den jungen Durken angestimmt wird, damit der ermüdende, langweilige Drill weniger hart gefühlt werde. Die Joten klingen auch an die Ohren des „Zivilpads“, an dem die Truppen vorübermarschieren, und das Zivilpad besteht nicht lediglich aus Schlossermeistern und Oberlehrern, die sich ihr Teil denken. Es befinden sich darunter Frauen, Mütter, die mit qualender Herzensangst an den Söhnen in der Kaserne denken, Halbwitwen und Kinder.

Der Militarismus als Erzieher der jungen Männer, des Volkes, wie er leibt und lebt! Man vergesse nicht, daß der gerichtlich beheimatete Vorgang sich in Gegenwart von Aufsicht und Befehl führenden Vorgesetzten abgepielt hat. Also auch zum allermindesten mit ihrer stillschweigenden Duldung. Wie würden die Herren Epaulettenträger dreingewettert haben, wenn es den Soldaten eingefallen wäre, die Maréillaise oder gar den Sozialistenmarsch anzustimmen!

Daß es sich in dem Dettweiler Fall um eine ganz vereinzelte Ausnahme handelt, wird niemand behaupten, der in der „pädagogischen Provinz“ der kapitalistischen Ordnung, in der Kaserne die Luft geatmet hat, die der Militarismus erzeugt.

Wie erzieherisch der Militarismus auf die geschlechtliche Sittlichkeit der Truppen einwirkt, dafür gibt es einen geradezu klassischen Beleg. Nämlich einen Vorgang aus dem internationalen Sunnenfeldzug in China, der ja alle Vorzüge militärischer Mannesucht und Kulturträger im hellsten Glanze erstrahlen ließ. Hören wir, was Genosse Kunert in der Sitzung des Reichstags vom 31. März 1906 darüber feststellte: „Meine Herren, der Strafantrag gegen mich wurde ferner gestellt im Hinblick darauf, daß ich behauptet hatte, daß deutsche Soldaten geschlechtliche Gewaltakte an chinesischen Frauen verübt haben. Diese Behauptung ist bewiesen worden, eidlidh vielfach bewiesen worden. Es sind dabei so ungeheuerliche Dinge ans Tageslicht gekommen, daß ich es mir verlege, darüber nähere Angaben zu machen. Nur das eine möchte ich noch hervorheben, daß über die Tatsache hinaus, daß Frauen und Mädchen geschändet worden sind, noch bewiesen worden ist, daß auch Kinder in diebstahlender, in entsetzender Weise

von deutschen Soldaten geschändet worden sind. Darüber hinaus aber ist auch noch vor dem Halleschen Gericht bewiesen, daß eine ganz schmachtvolle, nichts würdige Bordellwirtschaft unter deutschem Schutz drüben in China etabliert war. Und das als amtliche Institution unter dem deutschen Banner! Ja, meine Herren, die Einrichtung war eben derartig, daß man einen anderen treffenden Ausdruck dafür nicht findet. Es waren zwei Abteilungen in dem Bordell, die eine für die Offiziere, die andere für die Mannschaften. Es war in verschiedenen Sprachen eine Aufschrift an dem Haupte: „Nur für deutsches Militär“. Es war auch ein Wachtposten dort und es war endlich eine Sanitätsktruppe in dem Bordell tätig.“

In nicht fortzudeutender Weise lagen uns hier beschworene Tatsachen dieses: Unter dem Einfluß der kapitalistischen Produktion haben sich wohl die Formen des „öffentlichen Lasters“, der „gewerbsmäßigen Unzucht“ geändert, allein in der Sache selbst sind wir noch nicht über das Mittelalter hinaus, wo der „Waiwel“ den jedes Heer begleitenden Troß „fabrender Fräulein“ befehligte und den Anführern und Herren selbstverständlich das Recht der Auswähl unter den jüngsten und reizvollsten Dirnen zustand. Wie damals gehört aber heute noch Kriegshandwerk, geschlechtliche Rohheit und Prostitution zusammen. Der Imperialismus, der alle barbarischen, häßlichen Wesenszüge des Militarismus steigert, auf die Spitze treibt, läßt auch die sexuelle Rohheit und Verwilderung aufs üppigste emporwuchern.

Das tritt international in Erscheinung. Im bibelgläubigen England verfügte 1886 der Oberbefehlshaber der Armee, Lord Roberts, daß für die Truppen in Indien junge, hübsche Mädchen in ausreichender Zahl zu beschaffen und unter einheitliche Bestimmungen zu stellen seien. Während des Burenkrieges florierte der Mädchenhandel nach Kapstadt. Auf dem letzten internationalen Kongreß der bürgerlichen Frauenmitemrechtsverbände zu Budapest im Sommer 1913, wurde auf den Zusammenhang zwischen Imperialismus und Unsitlichkeit hingewiesen. Die Vorherrschaft des „Weltbundes“ dieser Organisationen, die Amerikanerin Frau Chapman-Catt, wendete sich mit scharfen Worten gegen „die westlichen christlichen Nationen, die alljährlich ihre sogenannten Kolonialtruppen in alle Weltteile senden, und deren Heere Demoralisation und Prostitution in den Kolonien verbreiten“. Frau Chapman-Catt ist nicht verächtlich, als Umstürzlerin an der vornehmen Stütze des kapitalistischen Klassentaates rütteln zu wollen.

Bei dem Getriebe und Gebabe der approbierten bürgerlichen Sittlichkeitsbüter muß es auffallen, daß sie das Licht des Militarismus als Lehrer und Verbreiter der Unsitlichkeit so gut wie ganz unter den Scheffel stellen. Ja mehr noch, daß sie mit der einen Hand segnen, was sie mit der andern in die berrufenen Winkel der bürgerlichen Ordnung verbannen möchten. Der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Held erklärte z. B. in der oben erwähnten Sitzung, die in China unter deutscher Flagge errichteten Bordelle seien eine „der weitesten sanitären Maßregeln gewesen, welche jemals von einer Behörde eingeführt wurde“. Seine Auffassung wurde ausdrücklich von der bürgerlichen Mehrheit mit einem „sehr richtig!“ unterstützt. Kein noch so frommes Pastoren- oder Zentrumsblatt hat den volksverröthenden und volksbeschmutzenden Vorgang in Dettweiler festgenagelt.

Der gute Bürger weiß eben oder empfindet instinktiv, daß seine heilige Ordnung der Ausbeutungswirtschaft heute des Militarismus als Schützer nach außen und innen nicht mehr entzogen kann. Und er muß diesen Schützer nehmen wie ihn der Kapitalismus geboren hat: nicht bloß blutdürstig, auch schmutzstarr. Sittliche Verwilderung ist das Gegenstück des Kadavergeborensams. Je brutaler, diebischer der Militarismus im Namen der Disziplin den Menschen im Soldaten knechtet und entwürdigt, je rücksichtsloser er alle geistigen und sittlichen Werte der Persönlichkeit unter seine Füße stampft, umso mehr Spielraum gewährt er der inneren Rohheit in jeglicher Gestalt. Auch dieser Zusammenhang der Dinge läßt die Arbeiterklasse die richtige Wertung der Lobpreisungen finden, die die Kaserne als die hohe Schule der Mannesucht und Mannestugend feiern. Sie vergißt dabei nicht, daß heute der militärische Erzieher nicht einmal bloß in der Kaserne wirkt, daß er als pensionierter Hauptmann oder strebsamer Unteroffizier in der „staatsbürgerlichen Jugendbewegung“ ein neues, ausgedehntes Betätigungsfeld findet. Die Angasställe des Militarismus können nicht reingefegt, sie müssen abgebrochen werden.

Deutsche Politik.

Neue Akten gegen die Sozialdemokratie.

Den Scharfmachern ist Heil widerfahren. Am Samstag hat die Polizei von Charlottenburg sechs Personen verhaftet, die eingestanden haben sollen, in der roten Woche das Charlottenburger Kaiser-Friedrich-Denkmal mit roter Farbe beschmierig zu haben. Der Haupttäter ist nach dem Polizeibericht ein 23jähriger Fabrikarbeiter Linke, dem einiae Schläger und ein Schankwirt geholfen haben sollen.

Die Polizei will auch festgestellt haben, daß die Verhafteten Mitglieder der sozialdemokratischen Partei sind.

Der ganze Vorfall ist natürlich Wasser auf die Mühlen aller Scharfmacher. Und die freikonserervative „Post“ hat für die Missetäter schon den Henker bei der Hand. Sie schreibt: „Hoffentlich verfährt man nun auch nicht zimperlich mit Ihnen. Zwar scheidet der § 304 des Strafgesetzbuches (qualifizierte Sachbeschädigung) bereits Gefängnis bis zu drei Jahren vor, es wäre aber doch wohl auch die Frage zu prüfen, ob die Tat nicht in Ideal Konkurrenz mit Majestätsbeleidigung steht. Jedenfalls verdienen die Täter, daß sie die volle Strenge des Gesetzes trifft.“

Wir haben nun festgestellt, daß der als angebliche Haupttäter verhaftete Linke niemals Mitglied der sozialdemokratischen Partei war; wir können weiter feststellen, daß während der roten Woche von einem Genossen in Charlottenburg wohl der Gedanke geäußert wurde, die Worte „rote Woche“ an Häusern und Planken zu schablonisieren, daß aber von den leitenden Parteigenossen sehr energisch dieser Plan bekämpft und verhindert wurde. Für das, was dann getan, ist die Partei also nicht verantwortlich.

Der unpolitische Wandervogel.

Die „Deutsche Tageszeitung“ lobt nachträglich noch einmal die bekannte Resolution des Wandervogel, die es den einzelnen Unterabteilungen dieser Organisation freistellt, den Juden den Zutritt zu verwehren. Das ist ja nun weiter nicht wunderbar, und höchstens die Art und Weise, wie das agrarische Blatt seinen Standpunkt begründet, könnte zu einigen Bemerkungen Anlaß geben. Es versichert nämlich, daß die Erklärung einestheils gar nicht jüdenfeindlich sei und anderenteils nur als der Ausdruck einer im Wandervogel schon längst bestehenden, jetzt aber durch äußeren Anlaß festgelegten Gewohnheit (keine Juden aufzunehmen) gelten könne.

Doch nichts liegt uns ferner, als uns in diesem Punkte mit den Prinzipien oder mit der Logik der „Deutschen Tageszeitung“ auseinanderzusetzen, uns interessiert viel mehr eine Stelle des Artikels, die mit der Frage des Antisemitismus unmittelbar nichts zu tun hat. Es heißt da:

„Wie sehr der Wandervogel Förderung verdient, das zeigte gerade wieder der Bundesstag zu Frankfurt an der Oder. Wer diese elementare Pflicht mit erlebt hat, mit der dort beim Oherfeuer eine vaterländische Begeisterung eklektischer Art aus dem Innern hervorbrach, wer den Deutschen Böhmern mahnen hörte zur Arbeit für unsere deutschen Brüder in Oesterreich, wer die trübigen Kriegslieder und das Gelübde zu unserem Kriegsherrn so unmittelbar aus dem Herzen heraus erklingen hörte, der sah da eine Jugend, der wir getrost das deutsche Volkes Zukunft anvertrauen können, und der versteht auch das Geisern des „Vorwärts“, der sich im Schimpfen über diese Jugend nicht genug tun kann.“

Man singt also Kriegslieder, man sucht die Jugend zur Stellungnahme in den österreichischen Nationalitätenkämpfen zu bestimmen — aber natürlich ist der Wandervogel eine unpolitische Organisation, die keine Schikanierungen durch die Polizei zu befürchten hat.

Der Konflikt in der Berliner Handelshochschule.

Dürfte als beigelegt zu betrachten sein. Die Lehrfreiheit ist gesichert worden und die Lehrer im Hauptamt werden lebenslanglich angestellt. Bei Neuanstellungen von Lehrern wird das Lehrerkollegium gehört, wie dies an Universitäten üblich ist. Da Professor Jastrow unter keinen Umständen zur Handelshochschule zurückkehren will, so erübrigte sich ein besonderes Eintreten der Lehrerschaft für ihn. Das Lehrerkollegium erucht die Studierenden, am Montag die Vorlesungen und Übungen wieder zu besuchen. In diesem Sinne hat auch Prof. Jastrow gewirkt.

Weitere Beschränkung der Zahl der Auslandsstudenten.

Der preussische Minister des Innern hat angeordnet, daß die Zahl der Auslandsstudenten, die an den zehn preussischen Universitäten studieren können, auf 900 für jede Nation festgesetzt wird. — Der bayerische Unterrichtsminister hat ähnliche Maßnahmen in Aussicht genommen.

Die Immunität der Landtagsabgeordneten.

Aus Anlaß der Verhaftung des bayerischen Landtagsabgeordneten Abrech hat der Abg. Müller-Meinungen im Reichstag die Anfrage an die Regierung eingebracht, ob die Immunität des Landtagsabgeordneten in sämtlichen Bundesstaaten anerkannt wird. Auf diese Anfrage hat jetzt der Staatssekretär Dr. Delbrück folgende Antwort erteilt:

„Die Klarstellung der Frage, ob die Immunität der Mitglieder der einzelnen Landesvertretungen (abgesehen vom Falle des § 11 des Reichsstrafgesetzbuches) in sämtlichen Bundesstaaten anzuerkennen ist, würde nur im Wege der Reichsgesetzgebung unter entsprechender Aenderung des § 6 Abs. 2 Satz 1 des Einführungsgesetzes zur Strafprozessordnung vom 1. Februar 1877 (Reichsgesetzblatt Seite 146) herbeigeführt werden können. Eine Aenderung dieser Vorschrift ist während der Verhandlungen über die Reform des Strafprozessrechts von keiner Seite angeregt worden. Die Frage wird auch nur im Rahmen der künftigen Reform des Strafprozessgesetzes gelöst werden können.“

Seite 2.
von insgesamt
3 Grundstücke
in Preis von
2 Grundstücke
in Preis von
10 884
man die Ver-
mehrung der
492 Quadrat-
meter Ver-
mehrung
ter Erzielung
in der Lan-
fnet. Der Do-
Wöhling! ist
den. An seiner
Carl St. & B.
beteiligte sich
den-Wöhling!
n. Die Wöh-
lichtheitsbesit-
erken mit die
arbeiten schüt-
ten und schüt-
riebenheit auf
Partei, Rechts-
mann Robert,
die Inzerate:
erden in etwa
an die harten
weil gefahr-
der Spargel-
nacht, die man
schöpfen mag
drei drei Ge-
nn man auch
die Katastrophe
g von
arbeiten.
Verstellung der
ffizientragende
ule, Zitel 22
841
Bedingungen
eschäftsnummer
Verwaltungs-
lee 11, 3. Et-
selbst auch
schäftlich sind
entfprechender
Angebote sind
ontag, den
orm. 10 Uhr
en.
6. Mai 1914.
Baffer- und
Swerke.
turen
oldwaren,
cker wer-
fachgemäss
stätte sofort
sgeführt.
Uhrmacher,
r. 33, 548
Oa, 8. Etod.
ert. Zimmer
zu vermieten
2
en

Geburtsstagsfeier.

Die Presse des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie berichtet über eine Geburtsstagsfeier, die der Verband aus Anlaß seines zehnjährigen Bestehens am 9. Mai in Berlin abhielt.

Verschiedene Behörden (1) und nationale Korporationen hatten Vertreter entsandt, u. a. auch der Herzog Günther von Schleswig-Holstein.

Ob Herzog Günther eine Behörde oder eine nationale Korporation ist, wird nicht verraten, dafür ist bekannt, daß dieser Herr der Schwager Wilhelm II. ist.

Ein Milchgesetz

ist in Hamburg von der Bürgerschaft beschlossen worden. Das Gesetz enthält genaue Bestimmungen über den Begriff Vollmilch, Magermilch, Kinder- oder Säuglingsmilch, Buttermilch, Kaurmilch usw. und unterstellt den Milchhandel scharfer polizeilicher Kontrolle.

Ein Arbeiter meistbietend ausgeben.

Im preussischen Orte Blumenthal (im Wegekaser Industriegebiet) existiert ein christliches „Seimatblatt“, in dem folgende Bekanntmachung der Gemeindeverwaltung zu lesen war:

Ein 63 Jahre alter, aber noch durchaus rüstiger Arbeiter soll durch die Gemeinde untergebracht werden.

Ein ganz Deutschland ist nach einem bekannten Ausspruch für den Arbeiter ist bis ins hohe Alter geforgt: er wird unter Umständen schließlich meistbietend versteigert.

Eine „Befreiende Tat“

nennt die „Deutsche Tageszeitung“ die Ablehnung der bayerischen Regierungsvorlage über die Arbeitslosenversicherung durch die Kammer der Reichsräte.

Wir sind tiefenhaft davon überzeugt, daß im vorliegenden Falle nicht die Mehrheit der Kammer der Abgeordneten, sondern die Kammer der Reichsräte im Sinne der großen Mehrheit der Staatsbürger gehandelt hat.

Die Götter dürsten.

Roman aus der französischen Revolution.

Von Anatole France.

(Nachdr. verb.)

(Fortsetzung.)

„Legen Sie mir, Evarist, all die Gefühle bei, die ich nach Ihrem Wunsche für Sie haben soll, und Sie werden sich über meinen Herzenszustand nicht täuschen.“

„Globe, Globe“, stammelte er, „was Sie da sagen, werden Sie das auch wiederholen, wenn Sie wissen.“

Er zauderte und sie senkte die Augen. Und leiser setzte er hinzu: „... daß ich Sie liebe.“

Bei den letzten Worten errötete sie — vor Vergnügen. Und während ihre Augen eine zärtliche Wollust ausdrückten, zuckte ungewollt ein komisches Lächeln um ihre Mundwinkel.

„Und da glaubt er“, dachte sie, „er hätte das erste Wort gesprochen! Und fürchtet wohl gar, mich zu kränken!“

Und mit gültigen Töne erwiderte sie: „Merken Sie denn nicht, mein Freund, daß ich Sie liebe?“

Sie wählten sich allein auf der Welt. In seiner Begeisterung blickte Evarist zum blauen, lichtstrahlenden Himmel empor.

„Sehen Sie, wie der Himmel auf uns herniederschaut! Er ist göttlich und gültig wie Sie, Heißgeliebte. Er hat Ihren Glanz, Ihre Sanftmut, Ihr Lächeln.“

Er fühlte sich eins mit der ganzen Natur, verknüpfte sie mit seiner Freude, seinem Stolze. Wie zur Feier seiner Verlobung hatten die Kastanien ihre Blütenkerzen aufgesteckt, glühten die Nieselnadeln der Pappelbäume.

Er schwelgte im Gefühl seiner Kraft und seiner Größe. Sie war zarter und auch feiner, geschmeidiger und schmiegsamer. Sie nahm den Vorteil der Schwäche wahr und unterwarf sich ihm, sobald er sie erobert hatte.

Jetzt, wo sie die Seine geworden war, erblickte sie in ihm den Herrn, den Felden, den Gott. Sie brannte darauf zu gehören, zu bewundern und sich hinzugeben. Im Schatten des Buchwerks gab er ihr einen langen Kuß, bei dem ihr Kopf sich zurückbog, und in seinen Armen fühlte sie sich hinschmelzen wie Wachs.

gen treffen kann, wie das im vorliegenden Falle zum Heile des Landes gesehen ist.“

So wird die Ueberzeugung der großen Masse des Volkes in das Gegenteil umgewandelt und sogar noch mit Hohn und Spott übergossen.

Ausland.

Schweiz.

Ein sozialdemokratischer Pfarrer als Dekan der theol. Fakultät. Ein bürgerliches Blatt meldet: „Wir freuen uns, unseren Lesern mitteilen zu können, daß unser berühmter Landsmann, der Professor theol. Ludwig Kaga z von der Universität Zürich zum Dekan der theologischen Fakultät ernannt worden ist.“

Prof. Kaga z ist Mitglied der sozialdemokratischen Partei und seine Wahl ist deshalb bemerkenswert, weil er in einer Broschüre, die von der Partei in 100 000 Exemplaren im Lande verbreitet wurde, den Züricher Generalstreik verteidigt und das Recht auf Rebellion ausdrücklich als sittliche Forderung aufgestellt hatte.

Nordamerika.

Die Sozialdemokratie der Vereinigten Staaten gegen den mexikanischen Krieg. Die Genossen der Vereinigten Staaten führen einen energischen Feldzug gegen die amerikanische Regierung wegen ihres mexikanischen Abenteuer.

In einer großen Versammlung, welche am 28. April in der Carnegie-Hall zu New York stattfand, erklärte Genosse Russell unter dem himmlischen Beifall der Anwesenden: „Alle Revolutionen, deren Schauplatz in den letzten Jahren Mexiko war und auch der Krieg, den gegenwärtig die Vereinigten Staaten gegen Mexiko führen, sind die Folge der kapitalistischen rivalitäten, die sich um den mexikanischen Markt streiten.“

Unter anderem „Appeal to Reason“ schreibt: „Wir wollen den Krieg nicht, den Wilson und Bryan, wie sie behaupten, führen, um die Ehre der amerikanischen Flagge zu wahren. Sie wollen Guerra in Ruhe lassen und der Verfassung und der nationalen Würde lieber in Colorado Geltung verschaffen.“

Die Haltung der amerikanischen Genossen gegen den Krieg hat ein lebhaftes Echo bei den mexikanischen Genossen, die sich um das Blatt „El Socialista“ sammeln, gefunden. Auch sie protestieren auf das Entschiedenste gegen den Krieg.

Badischer Landtag.

In der gestrigen Sitzung wurde das Budget der Wissenschaften und Künste erledigt. Der konservative Abg. Vanichbach bemängelte unter allgemeiner Heiterkeit den Spielplan des Karlsruher Hoftheaters mit der Miene eines kunstverständigen Fachmannes.

Lange sprachen sie nur boneinander und vergaßen die Welt. Evarist drückte vornehmlich allgemeine, unbestimmte Ideen aus, die Globe entzückten. Sie dagegen sprach von holden und nützlichen Dingen, ging mehr ins einzelne. Schließlich, als sie sich sagte, daß sie nicht länger ausbleiben dürfte, stand sie entschlossen auf, gab ihrem Geliebten die drei roten Nelken von ihrem Balkonfenster und sprang behend in das Kabriolett, in dem sie gekommen war.

Der Wagen verschwand und Evarists Verwirrung ließ nach. Trotzdem blieb eine dumpfe Angst in ihm zurück; er fühlte, die Stunden der Bärlichkeit und des Weltvergehens, die er eben durchlebt hatte, würden nie wiederkehren.

Er ging durch die Champs Elysées. Frauen in hellen Kleidern sahen plaudernd oder stidend auf den Solgstützen, während ihre Kinder unter den Bäumen spielten. Eine Plaisierverkäuferin mit ihrer Trommel erinnerte ihn an die Alte in der Allee des Weibes. Ihm war, als ob zwischen dieser und jener ein ganzer Lebensabschnitt läge.

trofenerem Tone als sonst spricht der Zentrumsgesandnete Kopf. Befriedigung spricht aus ihm, wenn er seiner Freude darüber Ausdruck gibt, daß das Dotationsgesetz eine so große Mehrheit findet. Herr Kopf weiß wenig zu sagen. Borerst will sich das Zentrum des Erregungen freuen — später, wenn einmal die Zeit gekommen ist, wird es die Hände nach Weiterem austrecken.

71. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

Präsident Mohrhaft eröffnet die Sitzung um 4.20 Uhr. Am Regierungstisch: Minister Dr. Böhm und Kommissar. Im Eingang befindet sich eine Petition des Verbandes der Vereine mittlerer badischer Staatsbeamten und des Verbandes badischer Eisenbahnbeamtenvereine, den Vollzug des Staatsvoranschlags betreffend.

Abg. Schiermeister (Zentr.) dankt der Regierung für die Erhaltung aller Bauten in seinem Wahlkreis. Abg. Morgenstern (Zentr.) dankt für den Zuschuß an den historischen Verein für Mittelbaden. Abg. Vansichbach (Konf.): Wir können stolz sein auf unsere Kunstanstalten. Der Redner äußert lokale Wünsche. Er teilt mit, daß er neulich einmal im Hoftheater war und daß er sich hierbei wunderte, daß ein Stück wie „Seite 106“ gegeben wurde.

Minister Dr. Böhm dankt für die anerkennenden Worte, welche dem verstorbenen Kommerzienrat Reis gewidmet wurden. Ich kann für Bauten, die außerhalb meines Ressorts liegen, die Verantwortung nicht übernehmen. Ein neues Sammlungsgebäude wird in Karlsruhe an der Kreuzung der Ettlinger- und Kriegstraße errichtet.

Abg. D. Böhm dankt für die anerkennenden Worte, welche dem verstorbenen Kommerzienrat Reis gewidmet wurden. Ich kann für Bauten, die außerhalb meines Ressorts liegen, die Verantwortung nicht übernehmen. Ein neues Sammlungsgebäude wird in Karlsruhe an der Kreuzung der Ettlinger- und Kriegstraße errichtet.

Abg. D. Böhm dankt für die anerkennenden Worte, welche dem verstorbenen Kommerzienrat Reis gewidmet wurden. Ich kann für Bauten, die außerhalb meines Ressorts liegen, die Verantwortung nicht übernehmen. Ein neues Sammlungsgebäude wird in Karlsruhe an der Kreuzung der Ettlinger- und Kriegstraße errichtet.

Abg. D. Böhm dankt für die anerkennenden Worte, welche dem verstorbenen Kommerzienrat Reis gewidmet wurden. Ich kann für Bauten, die außerhalb meines Ressorts liegen, die Verantwortung nicht übernehmen. Ein neues Sammlungsgebäude wird in Karlsruhe an der Kreuzung der Ettlinger- und Kriegstraße errichtet.

Abg. D. Böhm dankt für die anerkennenden Worte, welche dem verstorbenen Kommerzienrat Reis gewidmet wurden. Ich kann für Bauten, die außerhalb meines Ressorts liegen, die Verantwortung nicht übernehmen. Ein neues Sammlungsgebäude wird in Karlsruhe an der Kreuzung der Ettlinger- und Kriegstraße errichtet.

Abg. D. Böhm dankt für die anerkennenden Worte, welche dem verstorbenen Kommerzienrat Reis gewidmet wurden. Ich kann für Bauten, die außerhalb meines Ressorts liegen, die Verantwortung nicht übernehmen. Ein neues Sammlungsgebäude wird in Karlsruhe an der Kreuzung der Ettlinger- und Kriegstraße errichtet.

Abg. D. Böhm dankt für die anerkennenden Worte, welche dem verstorbenen Kommerzienrat Reis gewidmet wurden. Ich kann für Bauten, die außerhalb meines Ressorts liegen, die Verantwortung nicht übernehmen. Ein neues Sammlungsgebäude wird in Karlsruhe an der Kreuzung der Ettlinger- und Kriegstraße errichtet.

Abg. D. Böhm dankt für die anerkennenden Worte, welche dem verstorbenen Kommerzienrat Reis gewidmet wurden. Ich kann für Bauten, die außerhalb meines Ressorts liegen, die Verantwortung nicht übernehmen. Ein neues Sammlungsgebäude wird in Karlsruhe an der Kreuzung der Ettlinger- und Kriegstraße errichtet.

Abg. D. Böhm dankt für die anerkennenden Worte, welche dem verstorbenen Kommerzienrat Reis gewidmet wurden. Ich kann für Bauten, die außerhalb meines Ressorts liegen, die Verantwortung nicht übernehmen. Ein neues Sammlungsgebäude wird in Karlsruhe an der Kreuzung der Ettlinger- und Kriegstraße errichtet.

Abg. D. Böhm dankt für die anerkennenden Worte, welche dem verstorbenen Kommerzienrat Reis gewidmet wurden. Ich kann für Bauten, die außerhalb meines Ressorts liegen, die Verantwortung nicht übernehmen. Ein neues Sammlungsgebäude wird in Karlsruhe an der Kreuzung der Ettlinger- und Kriegstraße errichtet.

Abg. D. Böhm dankt für die anerkennenden Worte, welche dem verstorbenen Kommerzienrat Reis gewidmet wurden. Ich kann für Bauten, die außerhalb meines Ressorts liegen, die Verantwortung nicht übernehmen. Ein neues Sammlungsgebäude wird in Karlsruhe an der Kreuzung der Ettlinger- und Kriegstraße errichtet.

Abg. D. Böhm dankt für die anerkennenden Worte, welche dem verstorbenen Kommerzienrat Reis gewidmet wurden. Ich kann für Bauten, die außerhalb meines Ressorts liegen, die Verantwortung nicht übernehmen. Ein neues Sammlungsgebäude wird in Karlsruhe an der Kreuzung der Ettlinger- und Kriegstraße errichtet.

Abg. D. Böhm dankt für die anerkennenden Worte, welche dem verstorbenen Kommerzienrat Reis gewidmet wurden. Ich kann für Bauten, die außerhalb meines Ressorts liegen, die Verantwortung nicht übernehmen. Ein neues Sammlungsgebäude wird in Karlsruhe an der Kreuzung der Ettlinger- und Kriegstraße errichtet.

(Fortsetzung folgt.)

in Ausgabe zu genehmigen je für ein Jahr für den römisch-katholischen Kultus 615 424 M., für den altkatholischen Kultus 42 250 M., für den evangelischen Kultus 473 518 M., für den israelitischen Kultus 22 440 M.; mithin insgesamt für die beiden Jahre 1914 und 1915 2 307 264 M.

Ueber den Gesehentwurf die Aufbesserung gering beförderter Pfarrer aus Staatsmitteln (Dotationsgesetz) betr.

Abg. Rehmann (Nat.) den Bericht der Budgetkommission. Die Kommission beantragt mit 13 gegen 4 Stimmen die Annahme des Gesehentwurfs, demzufolge die Vorschriften des Dotationsgesetzes vom 18. Mai 1899 bis Ablauf des Jahres 1924, also für weitere zehn Jahre, in Geltung bleiben. Nach dem Geseh von 1899 betragen die staatlichen Zuschüsse für die evangelischen Pfarrer 300 000 M., für die katholischen 350 000 M., für die altkatholischen 8000 M. im Jahre. Die Petition der Freireligiösen wurde gegen 3 Stimmen als erledigt erklärt. In der Kommission erklärte die Sozialdemokratie, daß sie aus programmatischen Gründen die Dotierung der Kirchen durch den Staat ablehne. Sie verlange Trennung von Kirche und Staat. Außerdem befähigen die Religionsgemeinschaften hinreichend Vermögen, um die Pfarrer aus eigenen Mitteln zu befördern. Die fortschrittliche Volkspartei lehnt ebenfalls die Dotationen ab. Sie kann sich zwar besondere Bedürfnisse der Kirche denken, wozu der Staat mithelfen könne. Hierzu seien jedoch die Gehaltsaufbesserungen der Geistlichen nicht zu rechnen. Von nationalliberaler Seite wird dem Geseh in seiner jetzigen Fassung zugestimmt. Das Zentrum regte an, dem Geseh eine unbeschränkte Dauer zu geben. Die Regierung betonte, daß ein rechtlicher Anspruch der Kirchen auf die Dotationen nicht bestehe. Eine Fortdauer des Gesehes für unbeschränkte Zeit sei nicht möglich. Eine Erhöhung der Dotationen lehnt die Regierung ab. Das Zentrum weist darauf hin, wie gering die Pfarrgehälter sind. Der Petitionsantrag auf Verlängerung der Dotationen auf 16 Jahre wird mit 9 gegen 8 Stimmen abgelehnt. Das ganze Geseh wird mit 13 gegen 4 Stimmen in der Kommission angenommen.

Abg. Kopf (Zentr.): Wir stimmen selbstverständlich den Anforderungen für den Kultus zu. Im Jahre 1908 wurde von nationalliberaler Seite erklärt, daß es jetzt das letzte Mal sei, daß man die Dotationen bewillige. Ich freue mich, daß die Nationalliberale Partei hier ihre Ansicht änderte und eine große Wehrheit für Verlängerung des Gesehes auf 10 Jahre besteht. Es liegt hier auch eine sehr starke moralische Verpflichtung des Staates vor, die einer rechtlichen Verpflichtung sehr nahe kommt. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn der Staat erklärt hätte, daß er ein für alle Mal die Zuschüsse für die Pfarrgehälter zahlt. Wir sehen davon ab, im Plenum unter der Kommission abgelehnten Antrag wieder einzubringen. Wir nehmen den Gesehentwurf an, wie er vorliegt. Da bei der katholischen Kirche noch kein Pensionsfonds besteht, so entstehen leicht mißliche Zustände. Der Gedanke einer Abkündigung der Dotationen, wie ihn Reichstag hat Schwierigkeit, wenn er auch bestehen ist. Der Standpunkt der Freireligiösen ist nicht haltbar. Der Minister erklärte mit Recht, daß die Tätigkeit der Kirche dem Staate zugute kommt. Die Kirche ist ein Kulturfaktor ersten Ranges. Deshalb muß sie der Staat aus Staatsinteresse unterstützen. Die Ablehnung der Petition der Freireligiösen ist daher zu begrüßen. Es ist erfreulich, daß das Geseh angenommen wird.

Abg. Dr. Blum (Nat.): Es zeigte sich 1908, daß die Landeskirchen die Dotationen nicht entbehren kann. Der gleiche Fall liegt auch heute vor. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Zuschüsse des Staates so lange bleiben müssen, als die allgemeinen Kirchenverhältnisse nicht ausreichen, die keineswegs hohen Pfarrgehälter zu decken. Wir halten es für die Aufgabe des Staates, die Kirche nicht nur ideell, sondern auch materiell zu unterstützen. Es macht sich ein harter Materialismus und ein schrankenloser Industrialismus in allen Volksschichten geltend. Dagegen ist die Religion die Pflegerin des Altruismus und der sozialen Gefinnung. Wir sind der Ansicht, daß eine Trennung von Kirche und Staat ausgeschlossen ist und zwar aus historischen Gründen. Wir haben die Trennung bereits in der Gewissensfreiheit, in der bürgerlichen Ehe usw. Es kann eine für alle Zeiten gültige Regelung des Verhältnisses von Staat und Kirche nicht geben. Die Kirche darf ihre Machtsphäre beim Staat nicht einseitig bestimmen. Wir können die heile Mithwirkung der Kirche heute nicht entbehren. Eine Scheidung von Kirche und Staat ist heute ohne Stachel nicht möglich. Namens meiner Freunde habe ich zu erklären, daß wir dem Gesehentwurf zustimmen; ebenso stimmen wir den Anforderungen für den Kultus zu.

Abg. Müller-Eppinger (Konf.): Wenn die Kirche nicht wäre, so würde die Gottlosigkeit noch mehr zunehmen. Die Entfernung der Dotationen wäre der erste Schritt zur Trennung von Kirche und Staat. Wir stimmen den Anträgen der Kommission zu.

Präsident Rohrbach schlägt dem Hause vor, sich mit der Fortsetzung der Tagesordnung auf morgen zu betragen, da eine Fraktion mit Bezug auf die Tagesordnung noch Fraktionsbildung habe.

Abg. Kopf (Zentr.): Es ist anzunehmen, daß die Tagesordnung morgen rasch erledigt sein wird, so daß wir, wenn wir keine Zeit vergeuden wollen, noch andere Punkte auf die Tagesordnung nehmen können.

Präsident Rohrbach: Ich kann den Optimismus nicht teilen, da, soweit mir mitgeteilt wurde, die jetzige Tagesordnung die morgige Sitzung ausfüllt. Doch bin ich bereit, noch verschiedene Gesehentwürfe vorzulegen auf die Tagesordnung zu nehmen.

Nächste Sitzung: Dienstag vormittag 9 Uhr. Tagesordnung: Kultusdebatte und Dotationsgesetz. Gesehentwürfe.

Schluß der Sitzung 1/7 Uhr.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 11. Mai.

Präsident Dr. Kämpf eröffnet um 11.15 Uhr die Sitzung und führt aus, während sich alle anwesenden Mitglieder von ihren Plätzen erhoben:

Der erste Beamte des Reiches, der Herr Reichskanzler, ist von einem schweren Verlust betroffen und in tiefstes Herzeleid versetzt worden. Wir alle nehmen herzlichen und aufrichtigen Anteil an diesem schweren Schicksal, der ihn betroffen hat. Ich bitte Sie um die Ermächtigung, dem Herrn Reichskanzler die Teilnahme des Reichstags zum Ausdruck zu bringen und namens des Reichstags am Sarge der Dahingeshiedenen einen Kranz niederlegen zu dürfen.

Darauf wird in die zweite Beratung des Militäretats

beim Kapitel Naturalverpflegung der Truppen fortgesetzt. — Am Bundesratspräsidenten Kriegsminister v. Falkenhayn. Abg. Hebel (Zentr.): Die Militärverwaltung muß in erster Linie bei der Naturalverpflegung auch in den Kasernen deutsche Erzeugnisse verwenden. Ich verweise auf die oberbayerische Käsefabrikation.

Abg. Dr. Thoma (Nat.): Die Ernährung mit Käse ist von allergrößter Wichtigkeit auch vom gesundheitlichen Standpunkt aus. Die Produzenten klagen über ungenügenden Absatz. Da muß die Heeresverwaltung eingreifen.

Abg. Dr. Neumann-Göser (F. Vp.): Das jetzige Abcamentensystem muß geändert werden.

Generalmajor v. Schöler: Das Prinzip, den Ankauf möglichst aus erster Hand zu beschaffen, besteht schon heute. Wir hoffen, ihnen im nächsten Jahre eine Vorlage machen zu können, durch die die Proviantmeister aufgebessert werden.

Abg. Werner-Deersfeld (F. Vp.): Die Vereinfachung des Beamtenapparates an den Proviantämtern ist nötig.

Generalmajor v. Schöler: Wir werden die Frage prüfen.

Abg. Deckmann (Nat.): Die Löhne der Arbeiter in den Proviantämtern sind sehr gering. Auch hat sich die Arbeitsleistung gesteigert.

Generalmajor v. Hohenborn: Die Arbeiterlöhne werden alljährlich revidiert. Eine einheitliche Arbeitsordnung wird den Arbeiterausschüssen zugehen. Die Arbeiterausschüsse werden weiter ausgebaut. Unsere Betriebe sollen Musterbetriebe sein. Disziplin, Ordnung und Zufriedenheit bilden unser Programm.

Abg. Thöne (Soz.): An verschiedenen Orten werden für dieselben Arbeiten, die unter denselben Bedingungen durch die Heeresverwaltung vergeben werden, ganz verschiedene, zum Teil recht minimale Löhne gezahlt. Mit dem Wort Sozialpolitik ist es nicht getan. Die gegenwärtigen Verhältnisse entsprechen den frühesten Verordnungen nicht.

Abg. Duffner (Zentr.): Der Ausnützung der Notlage der Heimarbeiter, die von den Befeldungsämtern beschäftigt werden, muß von der Heeresverwaltung entgegengetreten werden.

Abg. Wreucht (Soz.):

Anstelle der Dehomiebandwerker, die noch nicht ausgebildet werden, sollten von den übrig bleibenden 88 000 Tagelöhnen eine entsprechende Zahl mit der Waffe ausgebildet werden. Die Militärverwaltung sollte auch nicht mehr für ihre Bedürfnisse in den Strafanzhalten arbeiten lassen. Den Befeldungsarbeitern darf nicht verboten sein, sich auch an den freien Gewerkschaften zu organisieren. Die Arbeiterausschüsse sind völlig macht- und bedeutungslos.

General v. Hohenborn: Es ist schon heute Aufgabe der Verwaltung, bei der Zuschlagserteilung nur solche Firmen zu berücksichtigen, die für die Erfüllung ihrer Verpflichtungen den Arbeitern gegenüber die erforderliche Sicherheit bieten. Das Koalitionsrecht wird der Militärarbeiterschaft nicht verweigert.

Abg. Gehrhardt (Zentr.): Daß die Zivilistenmeister für die Befeldungsleistungen einen großen Gewinn erzielen, ist nicht richtig. Das Schuhmachergewerbe soll nicht dadurch geschädigt werden, daß auskangierte Militärstiefel den Jugendorganisationen zur Verfügung gestellt werden. Das Handwerk ist völlig in der Lage, die ihm übertragene Arbeit einwandfrei zu erledigen.

Abg. Behrens (F. Vp.): Der Heimarbeiterstand könnte von der Heeresverwaltung dadurch gebildet werden, daß Lohnlisten auf Grund des Heimarbeitergesetzes eingeführt werden.

Abg. Trimbom (Zentr.): Die Maschinen der Heeresverwaltung müßten bessergestellt werden.

Abg. Albrecht (Soz.):

Die gelben Organisationen, die man als national bezeichnet, sind eine Schmach und eine Schande für die deutschen Arbeiter. Dieser Organisation sich anzuschließen, erlaubt die Heeresverwaltung den Arbeitern, nicht aber an die freien Gewerkschaften, die doch ebenso erlaubt sind.

Generalmajor v. Schöler: Daß bei den verschiedenen Befeldungsämtern verschiedene Löhne ausbezahlt werden, ist in der Verhältnisse der ortsbildenden Löhne zu suchen. Die den Strafanzhalten überwiesenen Arbeiter der Befeldungsämter betragen nur einen ganz geringen Bruchteil. Den Wünschen der Maschinenisten soll nach Möglichkeit entsprochen werden.

Abg. Werner-Deersfeld (F. Vp.): Die Befeldungs- und Anstellungsverhältnisse der Unter-Kajenenmeister lassen viel zu wünschen übrig.

Abg. Riehsing (F. Vp.): Bei den Manöverquartierungen muß den Mannschaften eingeschärft werden, daß sie die Bevölkerung nicht reizen und die Bauern nicht mißhandeln.

Generalmajor v. Schöler: Manöver bringen selbstverständlich für die Bevölkerung große Lasten mit sich. Wegen der Ausbreitungen während der Manöver in Eisch-Lothringen ist schon vorgegangen worden. Die Anlegenheit schwebt noch vor Gericht.

Das Kapitel wird bewilligt. Beim Kapitel Militärbauwesen tritt Abg. Mumm (F. Vp.) für eigene Studien der Unteroffiziere ein.

Beim Kapitel Militäremedizinalewesen fordert Abg. Erzberger (Zentr.) Sicherstellung des Bedarfs an Impfstoffen usw. für den Ernstfall.

Oberstabsarzt Prof. Dr. Hofmann: Diese Sicherstellung ist gewährleistet. Eine Fabrik erhält jährlich 20 000 M. Subvention; ohne daß wir im Frieden auch nur ein Mittel davon gebraucht hätten. Auch stehen im Mobilmachungsfall die verschiedenen Laboratorien zur Verfügung.

Das Kapitel wird bewilligt. Beim Kapitel Pferdebeschaffung liegt eine Resolution der Konservativen, Nationalliberalen, des Zentrums und der Fortschrittler vor wegen Festsetzung der Beschaffungskosten für die Militärreiter in Verbindung mit den amtlichen Vertretungen der Landwirte.

Abg. Baffermann (Nat.) wendet sich gegen das Coupieren der Pferde als eine grausame Tierquälerei.

Abg. Albers (Welfe): Die hannoversche Pferdezeitung muß von der Militärverwaltung in erster Linie durch den direkten Ankauf von den Züchtern gefördert werden.

Kriegsminister v. Falkenhayn: Hinsichtlich des Coupierens stehen wir völlig auf dem Standpunkt des Abg. Baffermann. Als Dienstpferde dürfen nur Pferde mit langen Schwänzen eingestellt werden. Im vorigen Jahre waren wir bei dem großen Bedarf an volljährigen Pferden genötigt, auch coupierte Pferde zu nehmen. Ein Verbot, daß Pferde mit kurzen Schwänzen im Dienst nicht geritten werden dürfen, kann nicht in Aussicht gestellt werden. Es wurde uns vorgeworfen, daß wir im vorigen Jahre Pferde bei den Händlern gekauft haben. Es darf nicht vergessen werden, daß der Reichstag die Pferde erst anfangs Juli bewilligte. Anfangs Oktober mußten wir sie aber haben. Die Züchter für volljährige Pferde hatten ihre Vorräte bereits veräußert. Da die Pferde der Landwirte durch die Ernte überanstrengt und nicht gleich leistungsfähig waren, mußten wir deshalb bei den Händlern kaufen, die wir auch nicht ausschließen wollten. Der Resolution der bürgerlichen Parteien stehen wir mit Wohlwollen gegenüber. Es ist nicht leicht, die geeigneten Herden für die Ankaufskommission zu finden, und der Umgang mit den Herren Landeuten ist nicht immer so einfach. (Heiterkeit links, Widerspruch rechts).

Nach kurzer Debatte wird das Kapitel bewilligt, und die Resolution angenommen. Nach Erlebung einer Reihe von weiteren Titeln folgt das vorgestern zurückerstellte Kapitel Kommandanten und Plazmajore, für das mehrere Währungsanträge vorliegen.

General v. Hohenborn: Aus militärischen Gründen bitten wir, die Vorlage in vollem Umfange zu bewilligen, besonders auch mit Rücksicht auf die Mobilmachung, die hier nicht näher erörtert werden kann.

Abg. Rogalla v. Bieberstein (Konf.): Der Antrag des Zentrums will den Zustand des vorjährigen Etats festlegen.

Badischer Gesandter Graf v. Berchheim, bessischer Gesandter Frhr. v. Biegeleben, sächsischer Generalleutnant Frhr. v. Benhart und württembergischer Generalmajor v. Gräbenitz traten für die Kommandanturen in Karlsruhe, Darmstadt, Königsstein und Stuttgart ein.

Abg. Dr. Spahn (Zentr.): Wir wollen mit unserm Antrag den Zustand festlegen, wie er im laufenden Etat besteht. Darauf wird der Antrag Spahn angenommen, wonach die Kommandanturen Karlsruhe, Darmstadt und Königsstein gestrichen werden. Dafür wird als Kommandant für den Truppenübungsplatz Darmstadt ein pensionierter Offizier bewilligt, ebenso für Dresden und Stuttgart ein pensionierter Offizier als Kommandant.

Darauf geht das Haus zum Kapitel Artillerie- und Waffenwesen und Technische Institute über.

Abg. Dr. Liebnecht (Soz.):

Die Aufsichtsratsstellen der Rüstungsindustrie sind bei uns vielfach von Herren besetzt, die einflußreiche Stellen der Regierung innehaben. Die Rumpfabriken sind durch die Vertretung mit anderen Unternehmungen, besonders mit den Rüstungsbetrieben, zu einer internationalen Gefahr geworden. Sie müssen Geld aus dem Völkermord. Leider läßt sich nicht feststellen, wie weit derartige Industriebetriebe sich in den Händen von Regierungsbeamten und Parlamentariern befinden, um nachweisen zu können, in welchem Maße diese von dem Großkapital beeinflusst werden. Deutschland ist der Weltberufener mit Munition. Die Krupp-Prozesse haben ergeben, daß Krupp bei allen Sachen im Artilleriewesen unterrichtet gewesen ist. Das gelang der Firma aber nur durch Besetzung. Die große Rüstungsindustrie, besonders Krupp, versteht es auch, das Zeitungs- und Nachrichtenwesen in ihren Dienst zu stellen. Das Wort Panama nehme ich nicht zurück.

Nachdem Abg. Liebnecht seine Angriffe und Anschuldigungen in zweieinviertelstündiger Rede fortgesetzt und beendet hat, weist Kriegsminister v. Falkenhayn die Behauptungen des sozialdemokratischen Redners im allgemeinen zurück, während Generalmajor v. Hohenborn den Anschuldigungen des Abg. Liebnecht einzeln nachgeht, ihre Haltlosigkeit darlegt, und die Ehre der Armee und des Offizierskorps nachdrücklich gegen die sozialdemokratischen Verdächtigungen in Schutz nimmt.

Abg. Erzberger tritt für die Rüstungskommission ein; die Rede Liebnechts sei ein tägliches Nützungsgeheiß der Sozialdemokratie.

Abg. Schulz-Dromberg (Reichsp.): Die hier wieder aufgetretenen Angriffe auf den Landrat Roetger waren völlig ungerichtet.

Abg. Dr. Liebnecht (Soz.): Wir kämpfen immer für die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie.

Generalmajor v. Hohenborn: Gegen einzelne bei der Kruppaffäre beteiligte Zeugoffiziere schwebt noch ein besonderes Verfahren. Einige haben einen Abschied eingereicht.

Abg. Riehsing (Fortf. Vp.): Auch ich muß die Rüstungsindustrie gegen derartige Angriffe in Schutz nehmen. Unzweifelhaft bedeutet es eine schwere Schädigung unserer Industrie, wenn solche Debatten im Reichstag stattfinden.

Abg. Erzberger (Zentr.): Die Befeldung der Marinebeamten hat sich als Trinkgeld in Höhe einiger Mark zu Weisheiten gefenschnitten, und gegen die Beamten ist disziplinarisch eingeschritten worden. Wir bewahren uns dagegen, daß durch das Agitationsbedürfnis Liebnechts die Volkswirtschaft geschädigt wird.

Abg. Dr. Liebnecht (Soz.): Die deutschen Arbeiter würden nicht zur Untätigkeit verurteilt werden durch die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie. Meine Ausführungen halte ich gänzlich aufrecht.

Generalmajor v. Hohenborn: Ich behauere, daß der Abg. Liebnecht kein Gefühl dafür hat, in welcher Weise er eine hervorragende, auf dem Gebiet der Optik in der Welt führende Firma vor dem Auslande diskreditiert und geschädigt hat. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Liebnecht (Soz.): Auch englische Sozialisten haben sich gegen englische Firmen als Mitschuldige an den internationalen Rüstungstreibern gemeldet.

Damit schließt die Debatte. Es wird vertagt.

Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr: Fortsetzung und Etat für Kamerun (Duala-Angelegenheit). Schluß 9 Uhr.

Badische Politik.

Zur badischen Landtagswahlreform

Schreibt man uns: Daß das Zentrum einer Einteilung der Wahlkreise wie sie die Kommission der Zweiten bad. Kammer angenommen hat, zustimmen wird, ist auf den ersten Blick zu glauben, würde es doch dadurch erhellen auf seine Rechnung kommen und die Einwohner der Städte gegen die Landbewohner in Nachteil bringen. Eine solche Einteilung kommt trotz Proportionalwahl einer Verschlechterung des Wahlrechts gleich, und ist von jedem, der eine Verbesserung des Wahlrechts anstrebt, abzulehnen. Ob aber eine Einteilung in vier Kreise das Richtige ist, darüber läßt sich auch noch streiten, wenn auch zugegeben werden muß, daß diese Einteilung eine gerechtere ist, wie die von der Kommission vorgeschlagene.

Raffen wir die Wahlkreise bestehen wie sie jetzt sind und führen doch das Proporzsystem ein, dann wird es nicht möglich sein, daß reaktionäre Parteien bei der Aenderung der Wahlordnung auf ihre Rechnung kommen. Die in den einzelnen Wahlkreisen aufgestellten Kandidaten, welche die absolute Mehrheit haben, gelten als gewählt. Die Stimmen des ganzen Landes werden zusammengezählt und dann die Sitze auf die einzelnen Parteien verteilt soweit sie solcher nach der Stimmenzahl zu beanspruchen haben. Bei dieser Verteilung der Sitze kommen dann diejenigen Kandidaten der einzelnen Parteien zunächst in Betracht, welche die meisten Stimmen auf sich vereinigen. Die Schwierigkeiten der Ausrechnung und Auszählung können keine so großen sein und sind nach unserer Auffassung keine größeren, als bei allen anderen Systemen. Aber das nach diesem System ausgeübte Wahlrecht wäre das gerechteste und der jeweiligen politischen Anschauung der Bevölkerung am meisten Rechnung tragende.

Ein neues Denunziantenstückchen des Zentrums.

Ein Musterstückchen echt zentrumlicher Duldsamkeit leistet sich der satfam bekannte „Fälzer Bote“ in Heidelberg mit folgender Notiz (7. Mai) aus Neckargerauch:

Neckargerach. (Arbeitsvergebung.) Unlängst ging durch die hiesige Gemeinde das Gerücht, der Führer der hiesigen Sozialdemokraten sei zum Großh. Hoflieferanten ernannt worden. Offenbar hatte ein Wikhold dieses Gerücht in Umlauf gesetzt. Tatsache ist, daß frohlicher Sozialführer einen sehr umfangreichen Auftrag in das Großh. Schloß in Weinberg ausführen durfte, während doch sicherlich an fürsten,

treuen Handwerkern kein Mangel war. Wer kann die Sache klären? (Die Unterstreichung rührt von uns her. D. Red.)

Zu klären ist unseres Erachtens überhaupt nichts. Wenn der betr. Meister nicht ein tüchtiger leistungsfähiger Handwerker wäre, so würde er wahrscheinlich den Auftrag nicht bekommen haben. Zu klären ist höchstens das eine, wie eine Partei, die von politisch und religiös Andersdenkenden fortgesetzt Toleranz und Duldsamkeit heischt, dazu kommt, Handwerker geschäftlich zu schädigen und zu demütigen, die politisch anderen Glaubens sind als das verschlagene und gerissene Zentrum. Es scheint sich in jenen Kreisen der Wahn immer mehr festzusetzen, daß der Sozialdemokrat wohl gut genug ist zum Soldatwerden und Steuerzahlen, beim Verteilen der Rechte aber leer ausgehen soll. Daher auch das bekannte Wort: „Gleiches Recht für alle“, mit dem das Zentrum politisch haufieren geht.

Ein gerichtliches Nachspiel zu den Karlsruher Landtagswahlen.

Vor dem Karlsruher Schöffengericht fand gestern ein politischer Prozeß statt, der sich mit Vorgängen bei den letzten Landtagswahlen im 44. Landtagswahlkreis (Karlsruhe Süd-Südwest) befaßte, in dem die Kandidaten Dr. Gömmer (Fortshr.), Marum (Soz.) und Mainhardt (Reichspartei) aufgestellt waren. In einer reichsparteilichen Versammlung im Saale 3 der Brauerei Schrempf hat der Wortführer des Zentrums, Rechtsanwalt Trunk die Behauptung aufgestellt, es sei ihm von vertrauenswürdiger Seite die bestimmte Mitteilung gemacht worden, daß die Kandidatur Gömmer nicht ernst gemeint sei, daß sie zurückgezogen würde, sobald in der Altstadt der nationalliberale Kandidat Herr Geh. Hofrat Rehm im 1. Wahlgang gewählt sei, also eine Art Geheimabkommen unter den Großblöckparteien bestünde. So berichteten die „Landeszeitung“ und der „Landesbote“. Außerdem wurde behauptet, Herr Trunk, hätte sich in seiner Eigenschaft als Stadtrat Indiskretionen zuschulden kommen lassen, indem er aus der Schulkommission und den Verhandlungen über die bekannte Beflagungsangelegenheit anlässlich des Arbeiterjüngertages an Pfingsten 1913 Mitteilungen in jener Versammlung gemacht hätte. Trunk soll nämlich behauptet haben, in der Karlsruher Schulkommission fänden die Nationalliberalen den Weg zum Zentrum, sobald die Fortschrittler Anspruch auf Beamtenstellen machen. Ferner schmädernde Herr Trunk, in der Beflagungsfrage habe „das Zentrum allein die Farben des monarchischen Staates hochgehalten“ und Herr Rehmant bezw. die Nationalliberalen seien „zusammengesunken“, das Zentrum brüsst sich also noch mit seiner Unterstützung jener Recht und Vernunft hohnsprechenden Behandlung der Arbeiterjünger seitens des Karlsruher Oberbürgermeisters, mit der dieser Mann sich in unseren Herzen ein bleibendes Denkmal gesichert hat und sucht die Schuffigkeit seiner Gesinnung mit dem monarchischen Mantelchen zuzudecken; daher seine Devise für Wahrheit, Freiheit und Recht. Schließlich behauptete noch Herr Trunk, die Fortschrittler hätten mit ihrem Gömmer quasi als Renommiertatoliken stark auf Zentrumstimmen spekuliert.

Darauf antworteten die beiden Blätter „Landeszeitung“ und „Landesbote“ mit massiven Entgegnungen, in denen Herr Trunk „Verleumdung“, „bewußte Lügen“ und ähnliche schöne Dinge vorgeworfen wurden, worauf derselbe die beiden Redakteure Günther („Landeszeitung“) und Dees („Landesbote“) verklagte.

Die Verhandlung fand unter dem Vorsitz des Herrn Dr. Speinheimer statt und begann vormittags 9 Uhr. Der Kläger war durch Rechtsanwalt Göhmann-Rastatt, der Beklagte Günther durch Rechtsanwalt Rombach-Oberburg und Dees durch Rechtsanwalt Früh auf vertreten.

Geladen waren 22 Zeugen, namhafte Vertreter aus allen politischen Lagern. Die Verhandlung dauerte mit kurzer Mittagspause bis abends 6 Uhr. Kurz vor 11 Uhr war man erst mit der Verlesung der Zeitungartikel zu Ende, mit denen seinerzeit hinüber und herüber bombardiert wurde. Wer glaubte interessante Episoden in der Gerichtsverhandlung zu erleben, ist nicht auf seine Rechnung gekommen. Ein Advokatengespänk um Worte, in denen „objektive Auffassung“ und „subjektives Empfinden“ eine große Rolle spielten und bei dem weiter nichts herausgekommen ist wie ein Haufen Kosten und ein Stief-

Papier, auf dem gegen Abend folgender Vergleich abgeschlossen wurde:

1. Der Privatkläger erklärt, daß er seine Ausführungen in der Versammlung der Reichspartei vom 2. Oktober 1913 auf Grund von ihm zugegangenen Informationen und aus fester innerer Überzeugung von der Wichtigkeit derselben gemacht habe, daß er aber seine Behauptungen über Rückziehung der Kandidatur Gömmer im Falle der Stichwahl, weil durch die Weisaufnahme als objektiv unrichtig festgestellt, nicht aufrecht erhalte. Er erklärt ferner, aus demselben Grunde, daß er die Behauptung, daß eine diesbezügliche Vereinbarung zwischen welchen Parteiinstanzen der Großblöckparteien bestanden habe, nicht habe aufstellen wollen und auch nicht habe aufstellen können. Der Privatkläger erklärt ferner, daß er nicht erklärt hat, daß die Zentrumspartei allein anlässlich des Arbeiterjüngertages für die Farben des monarchischen Staates eingetreten sei, sondern erkennt an, daß mit der Zentrumspartei auch die übrigen bürgerlichen Parteien gegen die Beflagung aufgetreten sind.

2. Auf diese Erklärung des Privatklägers hin erklären die Beklagten, daß sie die Vorwürfe der Lüge, Verleumdung, bewußten Unwahrheiten, Feuchelei und Erfindung sowie alle sonstigen Verleumdungen und Behauptungen in den Artikeln des „Badischen Landesboten“ und der „Bad. Landeszeitung“ wie sie im Eröffnungsbeschuß vom 11. April 1914 aufgeführt sind, mit Bedauern zurücknehmen.

3. Die Beklagten tragen die Kosten des Verfahrens.

4. Ziffer 1 und 2 dieses Vergleiches sollen ohne weiteren Zusatz im redaktionellen Teil der „Badischen Landeszeitung“, des „Badischen Beobachters“ und des „Badischen Landesboten“ innerhalb 14 Tagen erscheinen mit der Ueberschrift: „In der Privatklage des Rechtsanwalts Trunk gegen Redakteur Walfher Günther hier und gegen Redakteur Karl Dees hier, kam folgender Vergleich zustande.“

5. Der Privatkläger nimmt die Privatklage zurück.

* Bretten, 10. Mai. Vor dem hiesigen Schöffengericht kam am Freitag ein Verleumdungsprozeß zur Verhandlung, der ein Nachspiel zu den Landtagswahlen bildete. Kläger war der unterlegene konservative Kandidat, Rechtsanwalt Schmidt in Bretten, Privatbeklagter Redakteur Ewald Schmidt von der „Brudersfelder Zeitung“. Der Angeklagte wurde für schuldig befunden und wegen Verleumdung zu 10 Mk. Geldstrafe und zur Ertragung der Kosten verurteilt. Die Verleumdung war in einem Artikel enthalten, der überschrieben war „Die Siegesfeier in Bretten“.

15. Generalversammlung des Zentralverbandes der Lederarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Berlin, den 7. Mai 1914.

k. r. Der Lederarbeiterverband trat am 10. Mai im Berliner Gewerkschaftshaus zu seiner 15. Generalversammlung zusammen, um aufs neue die Schärfe seiner Waffen im wirtschaftlichen Kampfe zu prüfen und Rechenschaftsberichte über die letzten Jahre entgegen zu nehmen.

In dem schriftlich vorliegenden Geschäftsbericht bringt der Vorstand des Verbandes auch Zahlen über die Ergebnisse der Produktionsserhebungen der Lederindustrie in der Lederindustrie. Danach betrug die Zahl der Lederfabriken 1340. Den Fragebogen beantworteten 1204. Von Sachverständigen wurden 81 Betriebe eingeschätzt. Unberücksichtigt blieben 55 Betriebe. Diese 55 Betriebe blieben unberücksichtigt, weil alle Unterlagen für eine Einschätzung fehlten. Die Produktion ist in diesen 55 Betrieben, die unberücksichtigt blieben, nach den Gürtel-Sachverständigen aber so unbedeutend, daß durch ihre Nichtberücksichtigung das Gesamtergebnis der Erhebung nicht nennenswert beeinträchtigt wird. In diesen Betrieben waren nach Mitteilung der Berufsgenossenschaft 871 Personen beschäftigt mit einem Gesamtjahresverdienst von 1 027 190 Mk. Die Zahl der berufsgenossenschaftlich versicherten Personen betrug 42 750, die an Löhnen und Gehältern verdienten 49 151 000 Mk.

Die Agitation in den Gauen und Ortsvereinen wurde vom Zentralvorstand nach Kräften gefördert. Sie litt weniger unter einem schlechten Geschäftsgang in unseren eigenen Bezirken, als vielmehr unter dem schlechten Geschäftsgang in einer Anzahl anderer Bezirke. Große Arbeitslosigkeit in anderen Bezirken wirkt zu einem guten Teil auch stimulierend auf die agitatorische Tätigkeit und die agitatorischen Erfolge in unseren Bezirken ein. Daß in unseren Bezirken der Geschäftsgang im allgemeinen nicht schlecht war, beweist ja der Umstand,

begleiters entledigte sich Herr Hermann Krieger wieder in vollkommener Weise. W. Sch.

„Parfival“. Ueber dieses Thema sprach am Mittwochabend der Jesuitenpater Professor Gemes aus Mainz. Es geht dem Vortragenden der Ruf eines anerkannten Wagnerkenners und -forschers voraus und man hatte deshalb allen Grund, seinen Ausführungen mit Interesse entgegenzusehen. Der Vortrag war sehr gut besucht und das zahlreiche Auditorium folgte mit reger Anteilnahme dem Vortrag. Da auch aus Karlsruhe für den Anfang September die Aufführung des Bühnenweihspiels in Aussicht steht, so kann man den Vortrag des Paters Gemes als einen vorbereitenden Schritt zum Verständnis der musikalischen Bühnendichtung willkommen heißen. Was Pater Gemes Worte über Richard Wagner „Parfival“ auszeichnete, war eine streng sachliche Beleuchtung des Wertes von Gesichtspunkten ungetrübter Unparteilichkeit, ohne eine schwärmerische oder fanatische Stellung „für“ oder „gegen“, und der Redner vermied es auch, an das große Werk heranzutreten, ohne sich von der Einseitigkeit einer zum Strahlenden reizenden Anschauung beeinflussen zu lassen. Dem eigentlichen Thema schied der Redner einige erläuternde Worte über Richard Wagner als den Schöpfer des neuen Dramas voraus. Dann gab er in verständlicher Weise den Inhalt der „Parfival“-Sage wieder. Anschließend hieran gab er einen Überblick über den Inhalt und die Bühnengestaltung der Wagnerischen Dichtung, erläuterte und erklärte jeden der drei Akte, wobei er von Herrn Musikdirektor Hofmann unterstützt wurde, der am Flügel die betreffenden Motive erklingen ließ. Im zweiten Teil seines Vortrages sprach nun der Redner über die Erklärungen und Ausdeutungen des „Parfival“. Zunächst was Wagner selbst hineingelegte, welche philosophischen Grundbegriffe er darin auszudrücken anstrebte. Die Schopenhauerischen Einflüsse, die sittlich religiösen Momente, das menschliche Allzumenschliche, die darin verwobene Weltanschauung, die ästhetischen Werte — alles dies mußte der Redner eindringlich zu behandeln und dem Hörer näher zu bringen. So kann man also sagen, daß dieser „Parfival“-Vortrag ein guter Grundstein zum Verständnis der nachfolgenden Aufführungen bildete.

Theater und Musik.

Der Instrumental-Verein Karlsruhe gab sein „Drittes Konzert“ am Mittwochabend im Museumsaal in Karlsruhe. Wie immer, standen auch diesmal wieder die Leistungen des Vereinsorchesters, unter der umsichtigen Leitung des Vereinsdirigenten Herrn Musikdirektor Theodor Muz, auf der beachtenswerten, zufriedenstellenden, gewöhnlichen Höhe. Auch dem Programm darf man für seine geschmackvolle Zusammenstellung Lob spenden; brachte es uns doch Proben eines gediegenen solistischen Könnens und wertvolle Perlen der Orchesterliteratur. Eine vorzügliche Einleitung erfuhr das Konzert mit der feinausgearbeiteten Wiebengabe von Beethovens „C-Dur-Symphonie“ (op. 21). Die einzelnen Sätze waren, je nach ihrem Charakter und Gehalt, sehr feingemäß ausgebeutet und wurden von dem Orchester sehr sicher und rhythmisch präzis gespielt. Auch die den Abschluß bildende Ouvertüre zu der Oper „Die lustigen Weiber von Windsor“ (von Otto Nicolai) war mit ihren lustigen Melodien von vorzüglichster Wirkung. Als Solisten trugen die Herren Adolf Zipp (Bariton) und Billy Giffler (Cello) wesentlich zur Verschönerung dieser Veranstaltung bei. Einen mit schönen Stimmteilen ausgestatteten Baritonisten lernten wir in Herrn Adolf Zipp kennen, der Lieder von Schubert, Sacher, Schumann und die Renato-Arie aus Verdis „Maskenball“ geschmackvoll vorzutragen wußte. Seine technische Ausbildung ist weit fortgeschritten, das Organ selbst klingt sehr sympathisch, warm und löbend. Beim Gesang des angehenden Künstler ließ sich der gute Einfluß der v. Milderschen Schule vorteilhaft feststellen. Hier nicht mehr unbekannt ist Herr Konzertmeister Billy Giffler als Cello-Virtuose. Er spielte mit Begleitung des Orchesters das „Cello-Konzert“, op. 33 von Camille Saint-Saëns. Mit der Wahl dieses Stückes hat sich Herr Giffler eine ungemein schwierige und anspruchsvolle Aufgabe gestellt, der er sich in technischer Beziehung jedoch als völlig gewachsen und ebenbürtig erwies. Seinem Spiel aber verleiht er noch eine besonders wirksame Note durch den singenden, vornehmer und befehligen Ton einer sicheren Vogenführung. Seinem Scheitern als „Erstplatz“ anvertrauten Amte eines

daß wir im Berichtsjahr 6720 Mk. weniger für Reise-, Orts- und Familienunterstützung ausgegeben haben, als im Jahre 1912. Wenn trotzdem der Zuwachs an Mitgliedern nicht ganz 800 betrug, so waren hieran, wie gesagt, neben dem mangelnden Interesse weiterer Mitgliederreise für die Agitation insbesondere die rückläufige Konjunktur, die Depression auf dem Arbeitsmarkt im allgemeinen, mit schuld.

Am Jahresabschluss 1912 betrug die Mitgliederzahl 15 693, am Jahresabschluss 1913 betrug sie 16 481 (14 806 männliche und 2065 weibliche); der Gewinn an Mitgliedern betrug somit 788 (190 männliche und 598 weibliche).

An Statistiken sind in der vorliegenden Geschäftsperiode zwei erschienen. Im Jahre 1912 erschien eine „Statistik über die Berufs-, Arbeits-, Lohn- und Organisationsverhältnisse der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Handwerksindustrie Deutschlands im Jahre 1911“. Im Jahre 1913 erschien eine Statistik über die „Stundenlöhne und Arbeitszeiten in den deutschen Werkstätten 1912“.

In den drei Jahren 1911 bis 1913 fanden insgesamt 276 Streiks, Aussperrungen und Lohnbewegungen statt. Diese 276 Bewegungen erstreckten sich auf 591 Betriebe in 208 Orten mit 20 385 beschäftigten Personen, von denen 15 466 Personen (14 376 männliche und 1090 weibliche) an den Bewegungen beteiligt waren.

Durch diese 276 Bewegungen (Streiks, Aussperrungen und Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung) wurden insgesamt in den drei Jahren der vorliegenden Berichtsperiode an Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen erzielt eine Verkürzung der Arbeitszeit für 5921 Personen um 11 806 Stunden pro Woche oder durchschnittlich 1 1/2 Stunden pro Person und Woche, sowie Lohnerhöhungen für 13 657 Personen um 19 562 Mark pro Woche oder durchschnittlich um 1,44 Mk. pro Person und Woche.

Abgewehrt wurden für 107 Personen eine Lohnherabsetzung um 173 Mk. pro Woche, das macht im Durchschnitt 1,61 Mark pro Person und Woche, und eine Arbeitszeiterhöhung für 33 Personen und 33 Stunden pro Woche, also um eine Stunde pro Person und Woche.

Am Jahresabschluss 1913 bestanden 113 Tarifverträge für 386 Betriebe mit 8515 Personen von denen 7096 Personen im Zentralverband der Lederarbeiter organisiert waren.

Die Zahl der zahlstellenden erhöhte sich in der Berichtsperiode von 187 Ende 1910 auf 165 Ende 1913, dazu dann noch 8 Einzelmitgliedern.

Ein nahmen und Ausgaben. In der Geschäftsperiode 1908—1910 betragen die Mehreinnahmen 864 591,56 Mk., in der diesjährigen Geschäftsperiode vereinnahmten wir 1 491 147,88 Mk., also rund 600 000 Mk. mehr. Die Ausgaben betragen 1908—1910 794 979,69 Mk. und in der Berichtsperiode 1 866 807,90 Mk., sind also um rund 600 000 Mk. gestiegen. Das Verbandsvermögen stieg in der Berichtsperiode um 104 339,88 Mark, von 128 731,46 Mk. Ende 1910 auf 233 071,39 Mk. Ende 1913.

Am Schluß der vorigen Geschäftsperiode entfielen auf jedes Mitglied 9,35 Mk. und am Schluß dieser Periode kommt auf jedes Mitglied ein Vermögensanteil von 14,14 Mk.

Die Ausgaben erstrecken sich in runder Summe auf folgende Hauptposten:

an Reiseunterstützung wurde bezahlt	13 708 „
„ Ortsunterstützung	62 865 „
„ Krankenunterstützung	79 000 „
„ Umzugsunterstützung	6 929 „
„ Notstandsunterstützung	2 013 „
„ Sterbeunterstützung	1 000 „
„ Rechtschutz	1 475 „

Das Unterstüßungswesen forderte insgesamt die Summe von 245 465,46 Mk., ein Mehr gegen das Jahr 1912 von 42 000 Mk. Die Mehrausgabe entfällt fast vollständig auf die Streik- und Gemahregelunterstützung.

Der schriftliche Bericht betont, daß die vorliegende Geschäftsperiode an die Organisation außerordentliche Verbesserungen stellt, daß der Verband aber ein gutes Stück vorwärts gekommen ist, und hofft, daß auch die nächsten Beratungen zum Wohle der Gesamtheit der Mitglieder dienen möge.

Wir werden über die Verhandlungen laufend berichten.

Verbandstag der Gastwirtsgehilfen.

kr. In Hamburg tritt am 12. Mai der achte Verbandstag des Verbandes der Gastwirtsgehilfen zusammen. Die reichhaltige Tagesordnung weist unter anderem ein Referat von Robert Schmidt über „Rechte und Pflichten aus dem Tarifvertrag“ auf. Hugo Poetsch wird über „die christlichen Gewerkschaften“ und R. Dießing über „die paritätischen Arbeitsnachweise“ sprechen.

Aus dem Geschäftsbericht ist zu ersehen, daß der Verband sich in den letzten Jahren rüstig fortentwickelt hat, wurden doch vor 5 Jahren noch rund 7000 Mitglieder gezählt. Am Ende des Jahres 1913 wurden 10 026 Mitglieder festgesetzt, davon 1046 weibliche. In den beiden letzten Jahren betrug die Steigerung der Mitgliederzahl 2107. Das Kriegsjahr 1913 brachte an sich keinen Zuwachs. Neue Verwaltungsstellen wurden in den Berichtsjahren errichtet in Bromberg, Reg., Paris, Baden-Waben, Werburg, Bochum, Brandenburg, Genf, Krefeld und Pforzheim. Die schwierige Agitation brachte auch Erfolge unter den Köchen und Kellerweibern.

Der Kassenbericht spiegelt die innere Entwicklung des Verbandes wieder. Die Ausgaben der Hauptkassen belaufen sich im bewegten Jahr 1912 auf 152 726,70 Mk., im Jahre 1913 dagegen auf 125 290, 30 Mk. Der Kassenbestand freiergte sich vor 129 398,15 am 1. Januar 1912 auf 225 608,65 Mk. am 31. Dezember 1913.

Am Jahre 1912 verteilten sich 268 Lohnbewegungen auf 39 Orte. Beteiligt waren 766 Betriebe mit 9462 Beschäftigten, von denen 6401 an der Bewegung teilnahmen. Für 5889 Beteiligte verliefen die Bewegungen erfolgreich, und zwar wurden 17 950 Mk. Lohnerhöhung pro Woche und sonstige Vorteile erzielt. Im Jahre 1913 fanden 138 Bewegungen statt, die sich auf 28 Orte erstreckten und in 197 Betrieben von 3778 Beschäftigten 2500 erfassten. Nur 29 Bewegungen mit 261 Beteiligten führten zur Arbeitseinstellung. Erreicht wurden für 301 Personen eine Arbeitszeiterhöhung von 2804 Stunden pro Woche und eine Lohnerhöhung von 3876 Mk. pro Woche für 1384 Personen.

Tarifverträge bestanden Ende 1913 betragen 266 in 1660 Betrieben mit 6880 Beschäftigten, von denen 5909 dem Verband der Gastwirtsgehilfen angehören.

Paritätische Arbeitsnachweise wurden 1912 49 gezählt. Aus dem Jahre 1913 muß leider berichtet werden, daß in Dresden und Jena die Nachabteilungen aufgehoben wurden, eine Maßregel, von der lediglich die private Stellenvermittlung den Nutzen hat. Ueber die Vereinigenommene kommunaler Behörden und der Arbeitgeber gegen die Nachweise wird geflagt, ein Umstand, der auch der vermehrten Einrichtung solcher Nachweise vorzüglichlich im Wege stand. Die Arbeitsnachweisefrage wird auf dem bevorstehenden Verbandstag besonderes Interesse beanspruchen. — Wir werden über die Tagung berichten.

... (Vertical text on the right edge of the page, partially cut off)

Aus der Partei.

Seebach, 8. Mai. Sozialdemokratischer Verein. Am Sonntag, den 3. Mai, fand im Gasthaus zum Adler unsere Generalversammlung statt, welche leider sehr schlecht besucht war.

Der Staatsgefährliche Kranz. In Osterholz, an der Bahnlinie Bremen-Gesfemünde gelegen, wurde im letzten Herbst bei der Beerbigung eines Parteigenossen im Leidenzuge auch ein Kranz mit roter Schleife getragen.

Von der Neuen Zeit ist soeben das 6. Heft vom 2. Band des 32. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Pöbel's Geist.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportageure zum Preise von 35 Mk. pro Quartal zu beziehen.

Kommunalpolitik.

r. Bürgerausschussung in Teufelsneureut. Mittwoch, 6. Mai, fand eine Bürgerausschussung statt. Auf der Tagesordnung standen 8 Punkte. Der 1. Punkt betraf die Genehmigung des Vertrags mit der Stadtgemeinde Karlsruhe wegen Versorgung der Gemeinde mit elektrischer Energie.

Aus dem Lande.

Durlach. Der erste Abend des Unterrichtskurses, letzten Samstag, wies leider hinsichtlich der Besucherzahl einige Lücken auf. Wir wollen hoffen, daß der zweite Abend am kommenden Mittwoch, auch von denjenigen, die am letzten Samstag zum Teil verhindert waren, vollzählig besucht ist.

Bruchsal.

Ortskrankenlasterwahl. Am Sonntag vormittag fand in der Aula der höheren Mädchenschule die erste Ausschussung der neugewählten Vertreter statt. Auf der Tagesordnung standen die Wahlen zum Vorstand.

Baden-Baden.

a. Töblicher Unfall. Montag vormittag kurz vor 12 Uhr stürzte der bei Herrn Schott in Arbeit stehende Maler Graf in der Stefaniestraße von der Leiter.

* Pforzheim, 12. Mai. Heute früh halb 1 Uhr gab nach kurzem Wortwechsel der 21 Jahre alte Goldarbeiter Franz Schänleber von hier Edu Salmer und Zahntrage zwei Schüsse auf seine Geliebte, das 20jährige Dienstmädchen Elise Hartmann.

* Heilbronn, 11. Mai. Ein tödlicher Unglücksfall hat sich gestern bei der Station Kimmelbacherhof ereignet. Der 62jährige Bahnwärter Anton Wippach wurde in dem Augenblick als er hinter einem Eisenbahnwagen das Gleis überqueren wollte, von einem daherkommenden Zuge erfaßt, überfahren und sofort getötet.

* Mannheim, 11. Mai. Im Rhein bei Sandhofen wurde die Leiche des 17jährigen Matrosen August Günther von Marienau, der vor einigen Wochen von einem Dahn ins Wasser gefallen und ertrunken ist, gelandet.

* Heilbronn, 11. Mai. In eine Jauchegrube gefallen ist das zwei Jahre alte Kind Marie Scharfenecker von Heilbronn, das sich auf Besuch in Waldwimmersbach aufhielt.

* Mannheim, 11. Mai. Heute früh stürzte der 15jährige Arbeiter Heinrich Leich, als er sich an seine Arbeitsstelle begeben wollte, von der Treppe der ersterlichen Wohnung ab und blieb mit gebrochenem Genick tot liegen.

1. Hülfsrat, 10. Mai. „Gar lustig ist die Jagerei“ singen die Kinder und die Alten fröhlich die Reiheliede samt Geigen, wenn sie solcher Jagerei werden können.

g. Konzert des Arbeitergesangvereins „Vaterland“ Wörsch. In wohl hoher Nähe im Arbeitergesangverein „Vaterland“ Wörsch die edle Engelstunde gepflegt wird, dafür legte das am vergangenen Sonntag nachmittag im Gasthaus zum „Bahnhof“ abgehaltene Konzert unter Leitung seines bewährten Dirigenten H. Gais ein glänzendes Zeugnis ab.

* Jubiläumsschmückung des Schwarzwaldbereichs. Der badische Schwarzwaldbereich versendet soeben die Einladung zu seiner Jubiläumsschmückungsveranstaltung am Sonntag den 24. Mai d. J. Der Einladung ist eine Uebersicht über den Voranschlag für 1914 eingegangen, der in Einnahmen und Ausgaben 31 200 Mk. vorliegt.

* Beschädigtes Einigenkommen. Recht lebhaften Anklang dürfte eine Anordnung der Generaldirektion der Staatsbahnen beim Publikum finden, wonach die Stationsämter sich bei Festlichkeiten oder sonstigen Veranstaltungen bei den Vereinen oder Gesellschaften erkundigen müssen, in welchem Umfang, aus welcher Richtung und zu welcher Zeit ein Zustrom von Besuchern zu erwarten ist, sowie wann voraussichtlich die Rückfahrt erfolgt.

* Ein Lehrkurs für Dienstadt für das Personal der badischen Eisenbahnverwaltung wird in diesem Jahre vom 15. bis 18. Juni durch Herr Graebener in Teufelsneureut abgehalten.

* Einbruch in die Zuckhütte auf der Hornisgrinde. Wie schon im vergangenen Jahre einmal, so ist auch wieder in der letzten Aprilwoche in der Zuckhütte auf der Hornisgrinde eingebrochen worden.

Werfet gelesene Nummern nicht weg, sondern gebt sie zur Agitation weiter.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 12. Mai.

Auf zur Wahlarbeit!

Nächsten Mittwoch, 13. Mai, abends von 8-9 Uhr werden die Couverts zum Schreiben der Adressen in folgenden Lokalen ausgegeben:

Dillstadt: In der „Gewerkschaftszentrale“, Kaiserstr. 13. Südstadt: Im „Auerhahn“, Schützenstr. 58. Mittelstadt: „Gambriushalle“, Erbprinzenstr. 30. Weststadt: „Palme“, Leffingstr. 40. Mühlburg: „Goldener Hirs“, Hardtstr. 20a.

In den Vororten können die Couverts bei den Bezirksvorständen in Empfang genommen werden.

Unjere Genossen und Genossinnen werden erucht, sich recht zahlreich an dieser Arbeit zu beteiligen. Je mehr Genossen sich zur Verfügung stellen, desto rascher ist die Arbeit erledigt, desto weniger ist auch die auf den einzelnen fallende Arbeit. Es sind im Ganzen etwa 23 000 Couverts zu schreiben, und zwar innerhalb weniger Tage. Genossen und Genossinnen: Auf zur Wahlarbeit!

Versammlung in der Weststadt.

Morgen Mittwoch, abends 7/9 Uhr, findet in der „Stadt Dresden“, Ecke Körner- und Goethestraße, eine wichtige Versammlung statt. Genosse Rechtsanwalt Ludwig Marum wird sprechen über: „Die Kultusbehalte im Badischen Landtag und das Verhalten des Herrn Ministers Böhm.“

Parteienossen! Wir erwarten, daß die Versammlung stark besucht wird. Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen werden auch einer kurzen Besprechung unterzogen. Volkshreundliche sind willkommen.

Die Entwicklung des Wirtschaftslebens.

Der erste Vortrag in dem vom Bildungsausschuss veranstalteten Vortragszyklus fand gestern abend im „Auerhahn“ statt. Eine stattliche Anzahl Parteigenossen hat sich verpflichtet, an dem Kursus teilzunehmen. Die gespannte Aufmerksamkeit, die auf allen Gesichtern bis zum Ende des Vortrages zu lesen war, läßt darauf schließen, daß der Redner es verstanden hat, die Zuhörer mit seinem Thema zu fesseln. Wenn die weiteren fünf Vorträge ebenso zahlreich besucht werden, wie der erste, was bestimmt zu hoffen ist, dann kann der Bildungsausschuss mit der Veranstaltung zufrieden sein.

Bei der Entwicklung haben wir nicht nur die Arbeit in Betracht zu ziehen, sondern auch die menschliche Gesellschaft. Die Tatsache, daß die Menschen nicht als Robinson in der Welt leben, sondern daß sie stets gesellschaftlich zusammengelebt haben, ließ immer neue Bedürfnisse des Menschen aufkommen, die als die Ursache aller menschlichen Kultur bezeichnet werden müssen.

Für die bürgerliche Wissenschaft beginnt die Arbeit erst da, wo sie Mehrwert erzeugt, wo Herren da sind, von denen die Arbeiter unterjocht sind. Bei den freien Naturvölkern, die nur soweit arbeiten als es die Befriedigung



Pfannkuch & Co

Marmeladen

Unser fünfter Wagon
 || Kösten Sie bitte ||
 auf Qualität!
 Neu eingeführt:
Zwei-Pfund-
Kinder-Spieleimer
 in allen Sorten.

Gemischte

1 Pfund 30 Pfg.
 2 Pfund 65 Pfg.
 5 Pfund 1.35
 Eimer M.

Pflaumen

1 Pfund 34 Pfg.
 2 Pfund 75 Pfg.
 5 Pfund 1.60
 Eimer M.

Mirabellen

1 Pfund 45 Pfg.
 2 Pfund 1.—
 5 Pfund 2.—
 Eimer M.

Erdbeer

1 Pfund 55 Pfg.
 2 Pfund 1.10
 5 Pfund 2.50
 Eimer M.

Aprikosen

1 Pfund 50 Pfg.
 2 Pfund 95 Pfg.
 5 Pfund 2.25
 Eimer M.

Helvetia-Confituren

in Dosen und Gläsern.
 Rheinisches
Apfelkraut

1 Pfund 55 Pfg.
 Dose

Pfannkuch & Co

G. m. b. H.
 in den bekanntesten
 Verkaufsstellen.

Beton- oder Zimmerpolier

gesucht
 nach Maßstab für 8000 qm
Schalung
 mit Colonne.
 Offerten unter Nr. 946 an
 die Exped. des „Volksfreund“.

Staliener u.

für Betonarbeiten nach Maßstab
 für diesen Sommer gesucht.
 Offerten unter Nr. 946 an
 die Exped. des „Volksfreund“.

Verkaufe und Kaufe

fortwährend neue
 und getragene
 Herrenkleider, Schuhe, Stiefel,
 blaue Arbeitsanzüge, gebr. Uhren,
 Waffen, Gold und Silber,
 Brillanten, Fahngelüste, Pfand-
 heine, Möbel, Reiselöffel.
**Erstes größtes An-
 u. Verkaufsgeschäft Levy**
 Markgrafenstr. 22. Tel. 2015.

Der Ausnahmeverkauf von Jackett-Kostümen

dauert solange Vorrat fort.

Es sind noch ca. 250 Stück von den Serien-Kostümen
 vorhanden und sollte keine Dame diese Gelegenheit versäumen.

Nur vorzügliche Qualitäten. — Frische moderne Ware bester Beschaffenheit. — Keine
 einzelnen Fassons. — Die Kostüme sind serienweise in allen Grössen von 40—52 vertreten.
 Glatte englische Schneider- oder Blusenfassons, zum grössten
 Teil mit schottischer Seide garniert und mit Tunique-Röcken.
 In hellen, einfarbigen Gabardine und Côtelés, grau gemusterten Geraer-Kammgarn- und
 schwarz-weiss karierten Stoffen, Marineblau, dunkelgrün u. schwarz Kammgarn, Côtelés
 und Gabardine in Massen-Auswahl. Jacketts nur auf halbbedenem Serge und Duchesse
 oder mit reiner Seide gefüttert.

- Serie I bei regulärem Einkauf 36.— bis 39.— jetzt **19⁵⁰**
- Serie II bei regulärem Einkauf 42.— jetzt **25⁰⁰**
- Serie III bei regulärem Einkauf 48.— bis 54.— jetzt **28⁵⁰**
- Serie IV bei regulärem Einkauf 60.— bis 66.— jetzt **35⁰⁰**
- Serie V bei regulärem Einkauf 72.— bis 78.— jetzt **42⁰⁰**
- Serie VI bei regulärem Einkauf 84.— bis 90.— jetzt **48⁰⁰**

Diese Kostüme sind zum Unterschied der regulären, am Lager befindlichen, mit Blaustift ausgezeichnet.

Das grosse Schaufenster in der Kaiserstrasse zeigt diese Kostüme.

940 Auf diese Preise werden noch Rabattmarken abgegehen.

E. Neu Nachfolg.

Jnh.: S. Michel-Bösen. — Kaiserstrasse 74.

Grösstes Spezial-Haus für Damen-Konfektion am Platze.

Großer musikalischer Genuß

heute Dienstag, den 12. Mai,

im

Café Bauer

während des Künstler-Konzertes

auftreten des

Kapellmeisters **R. Heller**, Geigen-Solist,

R. Machazek, Piano-Solist,

Hermann Abrahamowitz, Flotin-Virtuos,

Solis-Duo

für Klavier und Harmonium **Machazek** und

Abrahamowitz. 945

Städtisches Vierordtbad. Große Schwimmhalle.

Für Damen und Mädchen geöffnet: Werktag vormittags 9
 bis 11 Uhr und nachmittags 2—1/2 Uhr, mit Ausnahme
 Samstags nachmittags. Ferner freitags abends von 6 bis
 1/2 8 Uhr zu ermäßigtem Preis.

Für Herren und Knaben geöffnet: Werktag vormittags 7 bis
 9 Uhr und 11—2 Uhr, nachmittags 1/2 5—1/2 9 Uhr, freitags
 nachmittags nur bis 6 Uhr, sowie Samstags vormittags
 11 Uhr bis abends 1/2 10 Uhr und Sonntags 7—12 Uhr.
 „Auch über Mittag geöffnet.“ 275

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten vom 7.—10. Mai: Gerhard Hermann, B. Kurt
 Lorenz, Werkmeister. Maria, B. Leo Witz, Postschaffner. Maria
 Verta, Vater Peter Trevisan, Schriftfeger.

Todesfälle: vom 9. Mai: Frida, alt 1 Monat 18 Tage,
 Vater Karl Ströbel, Maschinenarbeiter. Hedwig Lutz, alt 84 J.,
 Ehefrau des Kunstmalers Adolf Lutz. Georg Ritz, Tischhändler,
 Chemann, alt 62 Jahre.

Allgemeine Ortskrankenkasse Bruchsal.

Die Wahlen zum Vorstand der
 allgemeinen Ortskrankenkasse
 Bruchsal bett.

Gemäß § 19 der Wahlordnung bringen wir hiermit
 zur allgemeinen Kenntnis, daß in der am 10. Mai 1914
 abgehaltenen Ausschusssitzung als Vorstandsmitglieder
 und Ersatzmänner gewählt worden sind:

A. Als Vertreter der Versicherten:

- 1. Ritschbach, Hubert, Schneider, Bruchsal } von Wahl-
- 2. Frank, Friedrich, Stanzmeister, Bruchsal } vorschlag
- 3. Wegner IV, F. Heinrich, Maurer, Heibelsheim } Nr. 1
- 4. Glöckle, Johann, Maschinenmeister, Bruchsal } von Wahl-
- 5. Kreis, Albert sen., Schlosser, Bruchsal } vorschlag
- 6. Wagner, Friedrich, Zigarrenmacher, Destrungen } Nr. 2
- 7. Schorner, Wendelin, Werkmeister, Dambriiden } von Wahl-
- 8. Treffinger, Karl Heinrich, Kaufmann, Bruchsal, von Wahl- } vorschlag Nr. 3

als deren Ersatzmänner:

- Klump, Ludwig, Kaufmann, Bruchsal } für Nr. 1
- Hensler, Johann, Schlosser, Bruchsal } bis 3.
- Schroll, Sebastian, Säger, Bruchsal } für Nr. 4
- Schroff, Leopold, Rentner, Bruchsal } bis 7.
- Wolz, Franz, Zigarrenmacher, Karlsdorf } für Nr. 8
- Deutscher, Emil, Plagemeister, Bruchsal } bis 7.
- Remle, Friedrich, Maurer, Odenheim } für Nr. 8
- Gustine, Margarethe, Kontoristin, Bruchsal } für Nr. 8.

B. Als Vertreter der Arbeitgeber:

- 1. Goloch, Friedrich, Malermeister, Bruchsal } von Wahl-
- 2. Schmalz, Adolf, Fabrikant, Bruchsal } vorschlag
- 3. Schott, Martin, Bankvorstand, Destrungen } Nr. 4
- 4. Rößel, Philipp, Rechtsanwält, Bruchsal } von Wahl- } vorschlag Nr. 5

als deren Ersatzmänner:

- Trautwein, Carl, Fabrikant, Bruchsal } für Nr. 1—3.
- Mary, Ludwig, Fabrikant, Bruchsal } für Nr. 4.
- Kraft, Fritz, Holzhändler, Bruchsal } für Nr. 4.
- Weissmann, Gustav, Maurermeister, Bruchsal } für Nr. 4.

Die Gültigkeit der Wahl kann innerhalb einer Woche nach
 der Bekanntmachung des Wahlergebnisses angefochten werden.
 Anfechtungen sind bei dem Vorstand oder dem Versicherungsamt
 anzubringen; das Versicherungsamt entscheidet. (§ 20 d. Wahlordng.).
 Bruchsal, den 11. Mai 1914.

Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse Bruchsal.

F. Goloch, Vorsitzender. 949

Arbeiter! Agitiert für den Volksfreund.

Pfannkuch & Co

Früh eingetroffen:
 Neue, gelbe, feinste
 Süd-Italiener

Kartoffeln

3 Pfund 40.
 10 Pfund 1.30

Ein weiterer Wagon

neue

Sommer-Matta-

Kartoffeln

3 Pfund 50.
 10 Pfund 1.60

Neue Ägypter

Zwiebeln

3 Pfund 17.
 10 Pfund 1.65

Centner 16.—

Pfannkuch & Co

G. m. b. H.
 in den bekanntesten
 Verkaufsstellen.

Ein 5 bis 8 P.S.

Elektro-Motor

für Stromort Muggensturm, alt
 oder neu, zu kaufen gesucht.
 Desgleichen ein 1 S.P. auf
 baselbfl.

Offerten unter Nr. 946 an

die Exped. des „Volksfreund“.

Korsetten

neu eingetroffen,
 gute Qualitäten,
 zu 2 Mk. und höher, hohe und
 niedere Fassons, Frackkorsetten,
 angetriebte Sachen fast um die
 Hälfte. Schönes schwarzeiden.
 Kleid, Größe 44—46 zu 15 Mk.
 Bluse 2 Mk., Prinzesskleid
 5 Mk., Vertiko ohne Auffah.
 Adlerstraße 17, 1 Et. 948

Spiegel mit Konsole

zu kaufen gesucht.

Rath. Bernhardtstr. 8, 4. Et.

Chaiselongue, rot, verstellbar,
 20 M., halbfranz. Bett mit Roit,
 Matras und Polster, 18 M.,
 Küchenstuhl 8 M., 10 St. Schrank,
 Waschtisch, Regulator zu verk.
 Ludwig-Wilhelmstr. 18, Hof.

Mädchen

jüngeres, schulent-
 lassenes, tagelüber
 für sof. gel. Rheinfr. 44 l.

Gegen Zahnschmerz

Blasscolin

in die Ohren. Erhältlich

in allen Apotheken u. Drogerien.

Rucksäcke

für Kinder u. Erwachsene

Rucksackstüben

Sport-Taschen

Gamaschen

Hosenträger

betannt solid und billig.

Rofferhaus

Geschw. Lämmle

Kronenstrasse 51.

